

„Die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr“

Vortrag von Prof. Dr. Sönke Neitzel

Professor für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt

an der Universität Potsdam

Symposium „Schicksalsgemeinschaft – Verlorener Frieden in Europa“

8. Oktober 2024, Mediocampus Villa Ida in Leipzig

Redaktionell bearbeitete Transkription des Vortrages.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist immer eine Freude, nach Christopher Clark zu sprechen, weil ich ideal anknüpfen kann an das, was du gesagt hast, Chris, und bestimmte Dinge nicht mehr erklären muss. Nämlich die Frage, die wir vielleicht in der Podiumsdiskussion noch aufnehmen können: Wie ist eigentlich dieser Krieg in der Ukraine zu erklären?

Ich glaube, dein Beispiel mit der Walachei hat es wunderbar gezeigt. Meine Interpretation, unsere Interpretation ist: Es geht nicht um Donezk oder dergleichen, sondern es ist ein Systemkonflikt zwischen einem autokratischen und einem demokratischen System, einer liberal-demokratischen Ordnung, der sich hier manifestiert. Der Rückgriff ins 19. Jahrhundert – das ist ein ganz wichtiger Punkt von Christopher Clark – kann uns zeigen: Die kleinen Staaten spielten im 19. Jahrhundert keine Rolle. Und genau das ist ja die Errungenschaft im 20. Jahrhundert in der EU: Sie spielen eine Rolle, jeder hat dieselbe Stimme. Und davon kann man nicht zurück.

Vieles im russischen Denken ist hingegen: Warum teilen wir Europa nicht irgendwie auf? Und diese beiden Systeme, so ist meine Interpretation, ich greife da das auf, was Chris gesagt hat, kommen nicht zusammen. Insofern kann es eigentlich nicht überraschen, dass es einen Systemkonflikt gibt, der auch militärisch ausgetragen wird. Das ist im historischen Längsschnitt kein großes Wunder. Wir können das gerne noch vertiefen. Die Frage „warum?“ wird in diesem Land kontrovers diskutiert und wir können sie auch hier kontrovers diskutieren. Es geht nicht darum, dass wir alle einer Meinung sind.

Der andere Punkt, den ich vertiefen will mit meinem kleinen Beispiel über die Bundeswehr, ist die Frage, die auch in dem Film gezeigt wurde: Wie reformfähig sind eigentlich wir Europäer? Das ist meines Erachtens die ganz entscheidende Frage. Mein Beispiel Bundeswehr ist nur ein Beispiel. Wir können das beziehen auf die Infrastruktur, den Klimaschutz, unser politisches System und so weiter. Das 19. Jahrhundert zeigt, dass Staaten überlebt haben, die reformfähig waren, zum Beispiel Großbritannien mit drei Wahlrechtsreformen im 19. Jahrhundert. Im Deutschen Kaiserreich hatten wir keine Wahlrechtsreform, zumindest nicht auf Reichsebene. Die Inschrift auf dem Reichstagsgebäude, am Deutschen Bundestag „Dem deutschen Volke“, wurde erst Ende 1916 angebracht. Wenn Sie die Bilder sehen, als das Gebäude gebaut wurde, war diese Tafel leer. Das Kaiserreich war eine parlamentarische Demokratie ungefähr für eine Woche, vom 28. Oktober 1918 an. Ein bisschen spät. Auf sächsischer Ebene wurde das Drei-Klassen-Recht abgeschafft. Aber auf Reichsebene war das nicht der Fall. Auch Österreich-Ungarn, wo zwei Fünftel der Bevölkerung immer gegen drei Fünftel standen, war nicht reformfähig. Auch nicht das Zarenreich. Andere Staaten waren das mehr.

Deshalb ist das aus historischer Sicht für uns heute eine interessante Fragestellung: Wie reformfähig sind wir? Das ist, glaube ich, die Schicksalsfrage, der wir uns gegenübersehen. Wir sind vermutlich alle überzeugte Europäer hier in diesem Raum, wir haben alle Hoffnung – aber als Historiker kann man immer auch den Vergleich ziehen, zum Beispiel zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, die endlos diskutierten: Was machen wir denn da, dann einen halbherzigen Versuch unternahm, Geschichte zurückzudrehen. Als Ergebnis wurde Preußen zweimal und Österreich dreimal geschlagen und das Heilige Römische Reich war Geschichte. Auch der Deutsche Bund über 1848 und dann später 1866 hatte ein Bundesheer und dieses Bundesheer hat Krieg geführt gegen Preußen. Aber sie konnten sich nicht zu einer schlagkräftigen Einheit formen und wurden von den Preußen einzeln geschlagen. Der Deutsche Bund wurde aufgelöst.

Es gibt also genug historische Beispiele auch im deutschen Kontext, wo die Reformfähigkeit fehlte. Und es ist mitnichten gegeben, dass wir alle in einer rosigen Zukunft enden, wenn wir nur fest an Europa glauben. Nein, meine Damen und Herren, entscheidend ist die Tat. Entscheidend ist das, was wir politisch umsetzen. Das können wir aus der Geschichte heraus wohl den politischen Entscheidern mitgeben.

Die hohe Ebene Europas sei also unser Referenzrahmen, wenn ich hier zur Frage nach der Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr komme.

Und auch dazu noch ein „Disclaimer“: Was kann ich eigentlich beitragen? Auch wir Historiker, wir Professoren, sollten hin und wieder ein Stück zurücktreten und selbstkritisch sagen: Wo liegen die Limits, die wir haben? Ich blicke von außen auf die Bundeswehr. Ich beschäftige mich seit vielen Jahren damit, aber ich bin kein Angehöriger der Bundeswehr. Ich bin vielleicht so tief in die DNA der Bundeswehr eingedrungen wie sonst kein anderer Zivilist, aber trotzdem bin ich nicht Teil der Bundeswehr. Ich kann lediglich wahrnehmen – und es gibt vieles, was ich nicht weiß. Vieles, was hinter verschlossenen Türen stattfindet, was der Generalinspekteur mit dem Kanzler spricht, weiß wahrscheinlich niemand hier in diesem Raum. Das sind aber für eine Bewertung ganz entscheidende Fragen. Von daher: Was ich hier vorstelle, sind Schlussfolgerungen, die ich ziehe. Aber es sind keine Wahrheiten, die in Stein gemeißelt sind. Deswegen kann man mir auch widersprechen und ich hoffe, dass ich so pointiert formuliere, dass wir nachher eine schöne Diskussion haben. Wenn ich nicht pointiert genug formuliert habe, habe ich einen schlechten Job gemacht. Wir haben also ein bestimmtes Limit, gerade als Wissenschaftler, wenn wir beurteilen sollen, was aktuell passiert. Vieles können wir eigentlich nicht beurteilen. Man kann auch sagen: In den Talkshows sagen die Menschen, die wenig wissen, viel. Und die, die viel wissen, sagen wenig. Soweit der Einschub, um die eigene Existenz einzuordnen.

Wir haben den Begriff der Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr als Ziel aus meiner Sicht erfreulich klar benannt. Dieser Begriff ist ein uralter Begriff. Er ist im militärischen Sprachgebrauch Common Sense, auch im 19. Jahrhundert schon gegeben. Er ist im Kalten Krieg verwendet worden, vor allen Dingen in militärischen Kontexten. Er ist von Generalinspekteur Carsten Breuer verwendet worden in einer erfreulichen Klarheit. Erstaunlich ist allerdings, dass er nun auch den Weg in den politischen Diskurs gefunden hat. Es gab eine diskursive Annäherung des Verteidigungsministers Boris Pistorius aufgrund seines Umfeldes und er hat dann im Oktober 2023 diesen Begriff verwendet. Es gibt viel Kritik daran. In der SPD sagt man: Mach es doch, aber rede nicht so drüber, die Bevölkerung darf nicht schockiert werden. Krieg ist ein schlimmes Wort.

Was das Wort „Kriegstüchtigkeit“ meint, ist ja eigentlich: Wenn es eine Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO geben würde, dann wäre das ein veritabler zwischenstaatlicher Krieg – und darauf müssen wir vorbereitet sein. Wir müssen als Demokratie wehrhaft sein. Wir müssen in der Lage sein, uns zu verteidigen.

Aber wir haben es geschafft, in den letzten 30 Jahren die Begriffe „Kampf“ und „Krieg“ aus unserem politischen, zum Teil sogar aus dem militärischen Diskurs heraus zu kürzen. Das gab es ja irgendwie nicht mehr. Soldaten waren Entwicklungshelfer,

Brunnenbohrer. Selbst im Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahre 2016 taucht der Begriff „Kampf“ ein einziges Mal auf, und zwar auf Seite 102. Und das zwei Jahre nach der Krim-Annexion. Das muss man erstmal schaffen. Das muss man erstmal diskursiv schaffen. „Kampf“ wurde ausgegliedert.

Ein weiteres Beispiel dafür ist das Soldatenlied, eine tolle Quelle für uns Historiker. Das Soldatenlied handelt traditionell von zwei Dingen, das Heimweh und den Tod. Beides hat mit der sozialen Realität von Soldaten relativ viel zu tun. Also: Es macht Sinn. Aber wir haben den Tod aus dem Soldatenlied herausgekürzt: Im „Panzerlied“ wurde die Strophe, die vom Tod handelt, 1990 gestrichen. Wo man doch eigentlich sagt: Die soziale Realität eines Soldaten kann schon auch mit Tod zu tun haben. Wir haben ein Liederbuch der Bundeswehr seit drei Jahren, es ist fertig, als App downloadbar. Da ist auch diese Strophe des Panzerliedes nicht mehr drin. Aber man traut sich trotzdem nicht, dieses Liederbuch zu launchen, weil man Angst hat. „Oh Gott, da gibt es wieder eine Debatte.“ Die aktuelle Bundeswehr traut sich also noch nicht mal, ein Liederbuch zu erlassen. Was sagt das eigentlich über uns aus?

Umso bemerkenswerter ist deshalb dieses Interview von Boris Pistorius im ZDF, „Berlin direkt“, wo er sagt: Wir müssen kriegstüchtig werden als Bundeswehr und als Gesellschaft. Wir haben also einen Verteidigungsminister, der der beliebteste Politiker der Bundesrepublik ist, auch nach diesem Begriff so beliebt blieb. Wir haben einen erstaunlichen Wandel im publizistischen Diskurs, in den Medien, die, glaube ich, diejenigen sind, die die Zeitenwende am ehesten vollzogen haben. Diejenigen, die für die Lieferung von Ukraine-Hilfe sind, sind in den Talkshows in der Regel immer in der Mehrheit. Wir haben da eine klare Unterstützung der Bundeswehr.

Selbst der Deutsche Kulturrat hat ein Schwerpunktheft über die Bundeswehr herausgebracht. Und das ist schon ein epochales Ereignis, weil der Leiter des Deutschen Kulturrats zugab, das sei ihm doch wirklich sehr schwergefallen. Aber Frau Högl, die Wehrbeauftragte, habe ihm geholfen dabei. Der Kulturrat kommt also zu den Unterstützern der Bundeswehr hinzu und selbst die evangelische Kirche. Da bewegt sich etwas – und das ist nicht selbstverständlich in diesem Land.

Auch die Mehrheit der Bundesbürger, wenn man den Umfragen glauben darf, ist für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben, sogar für die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Und in etlichen zentralen Fragen, bei aller Unterschiedlichkeit der Parteien der demokratischen Mitte, gibt es eine Unterstützung für die Ukraine-Hilfe, für eine bessere Finanzausstattung der Bundeswehr. Doch dann kommt immer die Frage: Wie finanziert man es? Und dann sind wir wieder in der Blockade, weil man sich da nicht einigen kann. Aber dass die Bundeswehr wichtig ist, da gibt es eine große Einigkeit.

Und das ist sicherlich auch ein Ergebnis dieser Diskursveränderung. Deswegen ist Diskurs wichtig. Es ist nicht nur irgendwas, was halt so gesagt wird, sondern Diskurs und Macht hängen zusammen. Und es ist interessant, dass Pistorius eben nicht zurücktreten musste nach diesem Interview – denken wir an Horst Köhler, den Bundespräsidenten 2005 –, sondern dass jetzt auch im medialen Diskurs dieses Wort, auch wenn man es kritisch sieht, gesetzt ist.

Der Generalinspektor hat daran, glaube ich, einen erheblichen Anteil. Und ich sehe es auch als Beweis dafür, dass Politik ehrlich sein muss. Warum ist Boris Pistorius eigentlich so beliebt, obwohl er „kriegstüchtig“ verwendet? Ich glaube, es hat etwas mit Ehrlichkeit zu tun. Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger sich viel mehr zumuten können, als Politik oft glaubt.

Auch nach der Zeitenwende-Rede von Olaf Scholz hatten wir zwei Drittel Zustimmung. Politik muss begründen. Sie muss in die Bütt gehen, sie muss kämpfen, sie muss Visionen haben, sagen: Darum geht es. Es wird in einer liberalen Demokratie immer Widerspruch geben. Das gehört zum System dazu. Aber sie müssen kämpfen! Wenn sie drei Schritte vor und zwei zurückgehen – das ist das, was danach folgte bei Olaf Scholz – dann kommen eben auch Zweifel. Das macht Pistorius nicht. Und daran liegt es, weswegen er so beliebt ist.

Natürlich reicht der Diskurs alleine nicht, wie gesagt: Entscheidend ist die Tat. Darauf will ich jetzt eingehen: Was liegt eigentlich auf dem Tisch? Wo stehen wir? Können wir das Erreichte im Bereich der Bundeswehr und der Sicherheitspolitik eigentlich als Beispiel nehmen für den Veränderungs- und Reformwillen unseres Landes?

Denn eigentlich müsste es ja so sein in Zeiten des Krieges. Auf dem Gipfel der NATO in Madrid 2022 haben die NATO-Staaten gesagt: „The Euro-Atlantic area is not at peace.“ We are not at peace. Der Sicherheitsbereich ist also wichtig und wir können den Bürgerinnen und Bürgern versichern: Ja, wir als Staat, wir als Demokratie können uns verändern. Die Medien haben es gemacht, die Universitäten nicht. Aber die Medien haben den Diskurs verändert.

Was haben wir darüber hinaus jetzt wirklich auf dem Tisch liegen? Wir haben die Zeitenwende-Rede vom 27. Februar 2022, große Überraschung. Am 24. Februar, Tag des russischen Einmarsches in die Ukraine, gab es den LinkedIn-Tweet von General Mais, den Inspekteur des Heeres morgens: „Wir sind nahezu blank und wir konnten nicht durchdringen“.¹ Einige würden ihn immer noch am liebsten vor ein Kriegsgericht stellen deswegen.

¹ Der Originalpost, aus dem hier zitiert wird, lautet: „Du wachst morgens auf und stellst fest: Es herrscht Krieg in Europa.“ (veröffentlicht auf dem LinkedIn-Profil von Alfons Mais am 24.02.2022, 6.03 Uhr)

Ich würde ihm einen Orden verleihen dafür. Warum? Weil er damit, aus meiner Sicht, die Politik zur Ehrlichkeit gezwungen hat. Wenn Chris Clark oder ich so etwas schreiben, ist das Professorengeschreibsel. Wenn der Inspekteur des Heeres das sagt, da lässt sich nicht behaupten, der habe nicht recht. Oder: Es ist nur eine Meinung. Oder: Der hat sich verirrt, hat was geraucht. Nein. Da muss man sagen als Politiker: Wenn das so ist – und dann haben wir den russischen Angriff und dann erwarten alle, die Ukraine fällt – dann muss ich als Kanzler etwas tun.

Wir haben drei Tage später die Kanzlerrede, die 100 Milliarden. Dann dauerte es bis Ende des Jahres, bis die durch den Gesetzgebungsprozess waren, Verfassungsänderung. Und damit bestellte man das alte Eisen, das man in den Jahren vorher nicht bestellt hatte, die F-35, Haubitzen, Panzer und so weiter. Aber es war natürlich keine Investition in die Zukunft, wenn wir an Digitalisierung, an KI, an Drohnen denken. Trotzdem ein wichtiger Schritt.

Wir haben die Stationierung der Litauen-Brigade verkündet am 26. Juni 2023, kurz vor dem Vilnius-Gipfel. Wenn Sie heute nach Litauen fahren, nach Vilnius, als Deutscher, sind Sie sehr beliebt. Ich sage immer: „Na ja, aber wir Deutschen und deutsche Soldaten, wir haben euch zweimal besetzt. Und es gab auch den Holocaust in Vilnius.“ Sagen die: „Ja, ja, das wissen wir alles, aber wir schauen in die Zukunft, nach vorne.“ Das ist ein enorm wichtiger Schritt, es gibt eine Erklärung der litauischen Gesellschaft, der NGOs, die deutschen Soldaten willkommen zu heißen. Also das war ein mutiger Schritt, ich halte ihn politisch und militärisch für richtig.

Wenn wir auf die Bundeswehr selbst eingehen, da gibt es die Bereiche Struktur, Personal, Rüstung und das Mindset. Und in allen vier Bereichen hat sich etwas getan.

Im Bereich der Struktur haben wir im Mai 2023 den Planungs- und Führungsstab eingeführt. Christian Freuding, einige kennen ihn hier, führt den. Im Oktober 23 eine neue Struktur für das Bundesverteidigungsministerium. Ostern 2024 gab es den Osnabrücker Erlass, benannt nach dem Wohnort des Ministers, der eine neue Struktur der Streitkräfte vorgibt. Vorbilder sind der Blankeneser Erlass von Helmut Schmidt und der Dresdner Erlass von Thomas de Maizière.

Es gibt im Bereich Personal eine „Taskforce Personal“ mit einigen Änderungsvorhaben, jetzt auch ein Artikelgesetz, wo einige Arbeitszeitverordnungen und so weiter für Litauen geändert wurden.

Wir haben im Bereich der Rüstung einige Veränderungen. Die 25-Millionen-Vorlagen, die durch den Haushaltsausschuss gehen, sind jetzt deutlich dünner geworden, gehen auch schneller.

Und im Mindset haben wir vor allen Dingen viele kraftvolle Reden und bei der Bundeswehr viele PowerPoint-Präsentationen. Wenn es eine Competition in PowerPoint-Präsentationen gäbe, wären wir sicherlich Weltmeister. Das kann man sagen. Immer, wenn man bei der Bundeswehr ist, kriegt man 300 PowerPoint-Präsentationen.

Und es gibt sofort eine PowerPoint-Präsentation „Mindset LVBV“, Landesbündnisverteidigung. Das ist natürlich immer schwierig, wenn die Realität so ein bisschen eine andere ist. Aber die Reden – und da muss man auch dem Generalinspekteur ein Kompliment machen – seine Reden sind in einer bemerkenswerten Klarheit. Ich finde das positiv. Er spricht da nicht groß drumherum.

Auch gibt es mehr Übungen, Nachtausbildung und so weiter und so weiter. Also da verändert sich schon einiges.

However. Die Frage ist ja: Ist der Beweis erbracht für die Gesellschaft, für uns, dass die Bundeswehr reformfähig ist mit diesen Schritten?

Und da sage ich ganz klar: Nein. Nein. Also ich verstehe es nicht, obwohl ich mich schon Tag und Nacht mit der Bundeswehr beschäftige. Nein. Das sind zum Teil so kleine Schritte, die vielleicht dem Fachmann sagen, da kommen wir ein bisschen besser voran, da wird es ein bisschen leichter... Aber wir brauchen ja in der Kommunikation so etwas wie die preußischen Heeresreformen, wie die preußische Stein-Hardenbergsche-Reform. Wir brauchen etwas, das die soziale Realität der Bundeswehr oder von uns verändert. Dann ist es spürbar.

Und was soll das sein? Was soll das sein, wo man sagt, ja, da verändert sich wirklich etwas, das ist etwas Greifbares. Alle Schritte gehen in die richtige Richtung, aber sie sind nach außen hin und in der Truppe zu kleinteilig. Und vor allen Dingen gibt es so ein Narrativ im Militär, in der Bundeswehr, die sagen: Gebt uns einfach mehr Geld, dann machen wir das. Das reicht, meine Damen und Herren, in der liberalen Demokratie nicht aus! Die Bundeswehr muss selbst den Beweis erbringen, als Institution, dass sie reformfähig ist. Und wenn sie diesen Beweis erbringt, und zwar spürbar, dann kann man auch die Hand aufhalten.

Aber wenn man sagt, wir lassen alles beim alten, das gesamte Personal, die ganzen Strukturen mehr oder minder, dann ist es in einer Demokratie sehr schwer zu sagen: Aber bitte, wir hätten gerne doppelt so viel Geld. Weil man um das Geld konkurriert. Da kommt die Infrastruktur, die Bildung, die Universitäten, alles Mögliche. Das Argument „Gebt uns mehr Geld, ihr habt eh keine Ahnung, den Rest machen wir schon“ – it doesn't work.

Das führt dazu, dass wir der NATO Versprechungen gemacht haben – eine schwere Division bis 2025, zwei Divisionen bis 2027 – und wir alle wissen: Die Bundesrepublik wird diese Versprechungen nicht einhalten können. Sie alle haben vielleicht die „Welt“ gelesen am Wochenende. Thorsten Jungholt hat einen guten Artikel geschrieben, dass die Forderungen der NATO noch höher sein werden und dass wir ohne eine deutliche Erhöhung des Personalbestandes auf 270.000 Soldatinnen und Soldaten diese Forderungen nicht werden erfüllen können. Und General Cavoli, der SACEUR², der Oberbefehlshaber der NATO in Europa, träumt nicht irgendwie. Sein Stab stellt Planungen auf, was man bräuchte. Und diese Armeen sind immer noch weit weniger als das, was wir im Kalten Krieg gehabt haben. Und wie das erfüllt werden soll unter den derzeitigen Geschwindigkeiten, weiß eigentlich kein Mensch.

Wenn wir dann ins Detail schauen, dann ist ja viel auch geheim. Die Lage bei der Munition, bei der Ausrüstung ist sicherlich nicht grundlegend besser geworden, auch weil man viel an die Ukraine abgegeben hat. Es gibt Ausnahmen, es ist, da bin ich mir sicher, nicht alles schlecht. Ich war neulich in Burg bei Magdeburg im Log-Regiment 1, die haben tolle Fahrzeuge, Vollausrüstung. Also wir wollen nicht alles negativ sehen.

Die Frage ist nur, wo ist der Referenzpunkt für uns? Ist der Referenzpunkt der 23. Februar 2022, der Vorabend des Krieges? Wenn wir das als Referenzpunkt nehmen, hat sich viel getan. Aber das ist ein unrealistischer Referenzpunkt. Der Referenzpunkt ist der Fall, der hoffentlich nie eintreten wird: Wenn diese Bundeswehr kämpfen muss. Wenn es soweit käme, kann man ja nicht sagen: „Wir haben so viel erreicht. Tut mir jetzt leid, dass ihr keine Drohnen habt und keine Munition. Aber ihr müsst schon sehen, wir haben immerhin die 25-Millionen-Verlage beschleunigt. Das muss dann irgendwie ausreichen.“ Nein, der Referenzpunkt muss sein: „They have to be capable.“

Und da haben wir noch viel Luft nach oben. Jetzt kann man das alles erklären als Historiker, als Politikwissenschaftler: Wir haben die Abgaben an die Ukraine, wir haben komplexe politische Entscheidungsprozesse, wir haben die Bürokratisierung. Ich würde sagen: Die Bundeswehr ist „die vollendete Karikatur des deutschen Bürokratismus“ – mir würde keine Institution einfallen, wo wir mehr Bürokratie haben. Diese herrliche Formulierung habe ich von einem Stabsoffizier. Und diesen Zustand kann ich natürlich über Nacht nicht verändern, das ist schon klar. Und zwar auch nicht durch einen Minister, der Jurist ist und der vorher Innenminister war.

Es wird auch argumentiert mit dem verlorenen Jahr unter Ministerin Lambrecht. Es gibt zahlreiche Artikel dazu, aber das entlastet die Bundeswehrleitung nur zum Teil. Denn wenn ich mit der Besoldungsgruppe B6 Plus spreche, dann fühle ich mich manchmal

² SACEUR – Supreme Allied Commander Europe

erinnert an historische Zeiten, wo man immer nur auf den politisch Verantwortlichen schaut, die Kanzlerin und den Kanzler. Aber ganz so einfach ist es natürlich nicht. Wir alle, die Beamte sind in diesem Land, sind Teil des Systems. Wir alle sind Räder in einem System. Wir können nicht nur sagen: „der Kanzler, die Kanzlerin. Ich habe doch nichts damit zu tun.“ Und auch der Oberstleutnant, der Major und so weiter, mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, mit unterschiedlichem „Room of Maneuver“, sind alle Teil des Systems. Chris und ich sind Teil der Universität. Wir können nicht sagen, naja, unsere Universitätsleitungen, was machen die für unsinnige Dinge. Nein, wir prägen auch die soziale Realität in unseren Seminaren, mit unseren Diskussionskulturen. Wir sind Teil davon. Und wir entscheiden uns, was wir tun und was wir nicht tun. Und damit haben wir auch eine Verantwortung. Genau das Gleiche gilt für die Bundeswehr. Und es ist atemberaubend zu sehen, wie man es schafft, Verantwortung zu externalisieren: „Also ich bin zwar B9 besoldet, aber ich habe eigentlich damit gar nichts zu tun...“ Und natürlich ist es letztlich ein Kanzler, ist es letztlich ein Olaf Scholz im Kanzleramt, der im ganz kleinen Kreis Entscheidungen trifft. Auch ein Minister ist dann eben nur einer von 16 und kann ganz schnell majorisiert werden und muss dann sagen: „Wenn ich die Wehrpflicht einführen will, wenn ich nicht mehr Geld bekomme, wie soll ich es machen?“ Trotzdem, im Detail sind wir alle zusammen dieser Staat, sind wir alle zusammen diese Gesellschaft und die Soldatinnen und Soldaten und die Zivilangestellten sind alle zusammen die Bundeswehr. Und von einem Protest gegen Ministerin Landrecht ist leider nichts bekannt geworden. Ihr alle, die damals Uniform getragen habt, habt es mitgetragen. Ihr alle seid verantwortlich. Ihr könnt nicht sagen: „Nein, nur die Ministerin...“. Das funktioniert nicht. Macht euch das bewusst.

Und dass man durchaus auch zurücktreten kann – das ist nicht üblich in Deutschland – das zeigen polnische Generale im Oktober 2023, der polnische Generalstabschef. Auch der französische Generalstabschef 2017. Man kann das machen. Guderian, der Inspektor des Heeres, ist 2000 mit PowerPoint-Folien oder wahrscheinlich ProKI-Folien durch die Gegend gelaufen, hat gewarnt vor den Einschnitten und er hat auch intern gewarnt. Er ist dann, glaube ich, drei Monate vorher in den Ruhestand gegangen. General Wust, 1978, ist zurückgetreten, weil er sich über eine NATO-Strategie nicht einigen konnte mit Minister Apel, hat es aber nicht öffentlich gemacht. Der Einzige, der es wirklich öffentlich gemacht hat, war General Trettner 1966 – und das ist schon ein bisschen her.

Das heißt: Wir haben eigentlich diese Vorbilder nicht und deswegen ist es im deutschen System eigentlich auch nicht vorstellbar, dass ein Generalinspekteur zurücktritt. Was aber dazu führt, dass die Fachbeamten es der Politik sehr leicht machen. Und ich würde so weit gehen, provokant, dass die Politik die Bundeswehr an

der Nase durch die Manege ziehen kann. Ich komme gleich nochmal auf die Beispiele, wo es eigentlich Proteste hätte geben müssen.

Ich sage nicht, dass man wegen jeder Kleinigkeit das Handtuch werfen soll. Natürlich müssen wir dem Primat der Politik folgen, wir alle Beamten. Ich kann auch nicht, wenn ich mit meiner Bildungsministerin nicht einverstanden bin – und es gibt viele unsinnige Dinge –, sagen: Ziviler Protest, ich trete zurück. Und der Soldat hat zu gehorchen, es gibt ein Soldatengesetz. Mein Punkt ist, dass – falls Politik dem dringenden militärischen Rat nicht folgt –, man eben nicht gezwungen ist, falsche fachliche Entscheidungen mitzutragen. Und dass man damit ein Beispiel für seine Soldaten gibt.

Und ich sage nochmal: Soldaten schwören, das Recht und die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland tapfer zu verteidigen. Das bedeutet im Ernstfall, denken wir an die Panzerbrigade 45, für dieses Land zu kämpfen, zu sterben und zu töten. Das heißt es letztendlich. Die höhere Ebene wird nicht vorne im Graben stehen. Aber für diese muss es heißen: Es ist ein Eid auf Gegenseitigkeit! Was heißt es für euch, tapfer zu sein? Tapferkeit bedeutet für ein Mitglied des Verteidigungsausschusses, für ein Mitglied des militärischen Führungsrats, für Professoren, für Politiker etwas anderes. Aber tapfer haben sie auch zu sein. Und sie haben es auch ihren Soldaten klarzumachen: „Auch wir sind tapfer. Wir kämpfen auch für dieses und jenes.“ Und das ist die Frage, die ich stelle im politischen Berlin: „Was heißt für euch Tapferkeit? Ihr seid verpflichtet diesen Soldatinnen und Soldaten gegenüber, die da stehen und die für euch den Kopf hinhalten werden. Die werden es auch tun. Sie werden kämpfen. Aber es ist für euch eine verdamnte Pflicht, dasselbe zu tun, wo ihr nicht euer Leben einsetzen müsst. Ihr müsst trotzdem ins Risiko gehen.“ Und das muss ich auch vermitteln. Es kann nicht so sein, dass man sagt: „Wir konnten leider nichts tun.“ Die Konsequenz ist dann, dass Menschen, weil sie keine Drohnen haben, sterben müssen. Und dann kann man nicht sagen: „Ja, sorry.“

Sehen Sie zum Beispiel bei der Debatte um die vergangene Russland-Politik: Da kann man unterschiedlicher Meinung sein, das ist auch viel komplizierter, als wir oft glauben. Aber wenn viele sagen: „War halt so“, ist es halt ein bisschen too easy. Da habe ich auch eine ganz persönliche Meinung zu unserem Bundespräsidenten. Man kann das alles erklären, warum man Illusionen hatte. Ich hätte es besser gefunden, wenn er zurückgetreten wäre und gesagt hätte: „Ja, ich hatte eine Illusion. Ich kann das begründen. Es war so, es war ein Fehler. Und daraus ziehe ich die Konsequenzen.“ Das wäre Respekt vor dem Amt. Es würde auch die vertikale Kohäsion, die wir brauchen in der Demokratie, fördern: „Ja, da erkennt jemand, er hat einen Fehler gemacht. Und er zieht die Konsequenz.“ Wenn ich an diesem Amt klebe, schwäche ich die vertikale Kohäsion, aber das ist das, was das Schmiermittel unserer Demokratie ist.

Und wir sehen, dass das ein Problem ist. Wenn erst mal Misstrauen gegenüber denen „da oben“ da ist, wird es schwierig. Wir müssen Vertrauen schaffen. In einer höheren Besoldungsstufe, ob Politiker, Richter, Militär, muss ich um Vertrauen kämpfen, das ist das Beste gegenüber meinen Soldaten, meinen Bürgern. Da haben wir noch viel Luft nach oben. Ich möchte also sagen: Wir müssen als Fachbeamte kämpfen für die politisch richtigen Entscheidungen und auch als Option haben, notfalls die Konsequenzen zu ziehen.

Natürlich kann man sagen, dass die großen Entscheidungen wahrscheinlich noch nicht mal vom Verteidigungsminister getroffen werden können. Denn die großen Entscheidungen sind der Finanzrahmen, das entscheidet das Kabinett. Die großen Entscheidungen sind die Einführung von Wehrpflicht oder Dienstpflicht, das entscheidet das Kabinett. Die Veränderung des Rechtsrahmens im Grundgesetz Artikel 87a/b, also die Trennung von Zivil und Militär, entscheidet das Parlament mit Zwei-Drittel-Mehrheit. Auch alle anderen Verordnungen der Arbeitswelt, Umwelt, Luftsicherheit kann ein Minister alleine nicht entscheiden.

Doch gerade in diesen großen Bereichen gibt es zu wenig Beschlüsse, die ein weithin sichtbares Signal einer Reform abgeben würden. Es ist also eigentlich wenig geschehen. Wir haben die 100 Milliarden, ja, aber wie wollen wir die zwei Prozent auf Dauer finanzieren? Ein Drei-Sterne-General sagte mir mal: „Ich habe dem Kanzler vorgetragen. Er hat mir gesagt, wir werden es tun. Ich vertraue ihm.“ Da sage ich als Bürger: „Das ist ja schön, aber wie? Aber wie will er es machen?“ Es sind eigentlich nur Worte.

Wir haben keine Beweglichkeit bei der Veränderung des Paragraphen 87a/b im Grundgesetz. Wir haben noch nicht einmal die 25-Millionen-Vorlagen verändert. Diese Vorlagen sind eingeführt worden 1981, nachdem der Tornado, dieses Kampfflugzeug, exponentiell teurer wurde. Da sagte der Haushaltsausschuss: „Wir lassen uns nochmal jede Vorlage mit mehr als 25 Millionen D-Mark zur Genehmigung vorlegen.“ Das ist natürlich völlig unpraktisch. Irgendjemand schreibt diese Vorlagen, das sind Arbeitsstunden, das ist Misstrauen. Wenn die Polizei ein Küstenschutzboot für 100 Millionen Euro anschafft, muss das nicht durch den Haushaltsausschuss. Bei der Bundeswehr muss der Haushaltsausschuss nochmal zustimmen, dabei sind 25 Millionen wahrscheinlich das Budget für Socken und Unterwäsche. Es wäre ein Moment der Reform, wenn der Haushaltsausschuss von sich aus sagen würde: „Auch wir müssen einen Beitrag zur Reform leisten und wir schaffen das ab mit Ausnahme großer Projekte, 10 Milliarden. F35, da wollen wir nochmal drauf schauen.“ Es wird natürlich nicht passieren. Warum? Weil der Haushaltsausschuss sagt. „Es ist natürlich so unglaublich toll, die Minister nochmal antanzen zu lassen. Und ich habe ja auch eine Möglichkeit, die Rüstungsindustrie in meinem Wahlkreis dadurch nochmal zu

fördern.“ Es ist ein Machtinstrument. Aber das geht so nicht! Der Eid, der geleistet wird, der wird nicht der Partei, der wird nicht der Fraktion, der wird nicht dem Haushaltsausschuss geleistet, sondern diesem Land. „Verdammt nochmal“, möchte ich hinzufügen. Und darum geht es eigentlich: Dass jeder nicht nur seine Partikularinteressen verfolgt, meine Fakultät, mein Institut, meine Teilstreitkraft, sondern dass wir ans Land denken. Und denken wir daran – historische Parallelen sind immer ein bisschen schief, aber: Woran ist die letzte parlamentarische Koalition der Weimarer Republik gescheitert 1930? An der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. Man greift sich an den Kopf aus heutiger Sicht. Wenn wir nur an die Partikularinteressen denken, schadet das unserer Demokratie. Und dabei wäre es für den Haushaltsausschuss ein leichtes. Denn daran hängt das Wohl und Wehe der Bundeswehr nicht. Aber es geht um Signale. Es geht um Signale, die wir Bürgerinnen und Bürger verstehen: „Ja, da bewegt sich was nach vorne. Da lässt man ab von Dingen, die einem lieb geworden sind.“

Diese ganzen Dinge, Finanzrahmen, Einführung der Wehrpflicht, Dienstpflicht, Rechtsrahmen, die sind von der Generalität kaum direkt zu beeinflussen. Auch die Macht des Ministers ist begrenzt. Interessant ist, dass Olaf Scholz ja eigentlich Boris Pistorius hat auflaufen lassen, als er sagte, die Bundeswehr hat gar kein Personalproblem. Und als er dessen Vorschlag einer Wehrpflicht nach schwedischem Modell, also einer Auswahlwehrpflicht für 30.000, 40.000 Soldaten, vom Tisch gewischt hat. Ich halte das für eine totale Katastrophe. Und es ist erstaunlich, dass das medial nicht als solche bezeichnet worden ist, sondern: „Ist halt so.“

Ich halte es für eine totale Katastrophe, weil jeder weiß in der Bundeswehr: Mit diesem Personalbestand wird die Bundeswehr nicht kampffähig. Das weiß jeder, aber es wird leider nicht von den Experten in der nötigen Deutlichkeit vermittelt. Und deswegen kann der Kanzler das abmoderieren. Der Militärische Führungsrat hat nach meinem Wissen eine Woche nach dieser Entscheidung nicht über diesen Skandal gesprochen, sondern über die Kreisverbindungskommandos des Heimatschutzheeres. Und das sagt eben einiges aus über den Militärischen Führungsrat und über die Flughöhe des Militärischen Führungsrats, weil sie eigentlich hätten sagen müssen: „Leute, das ist eine politische Entscheidung, haben wir zu akzeptieren, selbstverständlich. Aber sie unterminiert die Verteidigungsfähigkeit dieses Landes.“ Denn selbst, wenn eine nächste Regierung das anders macht, wird sie ja nicht vor Frühjahr 26 einen Beschluss fassen. Also werden wir im Frühjahr 28 vielleicht die ersten Wehrpflichtigen sehen. Wir sind die nächsten vier Jahre nicht verteidigungsfähig. Das ist genau die Zeitspanne, laut Generalinspekteur, in der sich möglicherweise die Dinge sicherheitspolitisch sehr stark verändern. Die Konsequenzen sind also erheblich. Was ist die Konsequenz des Militärischen Führungsrats gewesen? Null.

Was sage ich? Ich sage nicht, dass sie illoyal sein, dass sie einen Aufstand des Gewissens machen sollen. Sondern das Problem ist: Diejenigen, die es wirklich beurteilen können, sind nicht Carlo Masala, Claudia Major oder ich, sondern es ist die Generalität. Es gibt ja auch Geheimnisse bei der Bundeswehr, die hat die Zahlen. Die Generäle können es beurteilen und das sind unsere Experten, die von unserer Gesellschaft bezahlt werden.

Wir haben keinen wissenschaftlichen Beirat des BMVG. Es gibt einen Völkerrechtsbeirat des Auswärtigen Amtes. Es gibt einen wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums. In Finanzfragen, in Arbeitsrechtsfragen haben Sie Institute, Sie haben die Max-Planck-Gesellschaften und so weiter. Sie haben kein Max-Planck-Institut für Sicherheitspolitik. Sondern unsere Expertise für Sicherheitspolitik ist die Generalität. Nur was tun wir, wenn die Generalität schweigt? Da haben wir als Bürgerinnen und Bürger gar nicht die Information, um politisch entscheiden zu können, hat der Kanzler vielleicht recht oder hat er unrecht? Wir haben die Information nicht, weil wir die Folgen nicht abschätzen können. Und ich kriege oft zu hören: „Herr Neitzel, das können Sie ja gar nicht beurteilen.“ Sag ich: „Ja, stimmt. Wie auch?“ Ich bin eben nicht Angehöriger des Verteidigungsministeriums. Und wenn ich es wüsste, dürfte ich nicht darüber reden, weil es sowas wie Geheimhaltung gibt.

Meine völlig utopische Forderung ist, in einem solchen großen Fall wie diesem, dass der Kanzler die Wehrpflicht abräumt – aus innenpolitischen Gründen, so nachvollziehbar sie sein mögen –, müsste der militärische Führungsrat sagen: „Gut, wir schreiben in der ‚FAS‘, in der ‚Zeit‘, wo auch immer einen Artikel, was zu tun wäre, was getan werden müsste. Wir zeigen die Folgen auf, sagen, das ist eine politische Entscheidung. Wir werden das umsetzen, wir gehen auch in den Krieg, wir fallen auch für dieses Land, für diese Republik. Aber die Folge ist: Wir werden nicht siegreich sein können.“

Und das können Sie weiterziehen im Bereich Drohnen, KI und so weiter und so weiter. Zurzeit ist die Bundeswehr in einem Zustand, dass sie als Kavallerieverband gegen Maschinengewehre antritt, um am Beispiel 1914 zu bleiben. Wir haben so gut wie keine Drohnen. Die Drohnen kommen noch aus Zeiten der Auslandseinsätze. Was wir in der Ukraine und Russland sehen, ist eine massive technologische, exponentielle Entwicklung. Und die Panzerbrigade 45 wäre tot. Das weiß jeder in der Bundeswehr, es wird aber nicht ausgesprochen. Genau das ist die Dramatik, es geht um Leben und Tod. Bei uns in der Uni gibt es schlechte und bessere Unisysteme, aber es geht nicht um Leben und Tod.

Die Einzigen, die etwas machen könnten, wären die Mitglieder des Militärischen Führungsrates. Und das wird natürlich nicht passieren. Eher wird uns der Himmel auf

den Kopf fallen, als dass der Militärische Führungsrat sowas schreibt. Ich halte es für die verdammte Pflicht, dies zu tun.

Wenn sie es nicht tun, gibt es zwei Möglichkeiten: Wir können die Hoffnung haben, dass es nie zu einem Konflikt Russland-NATO kommt. Das können wir alle nicht voraussagen – und wir wollen hoffen und beten, dass es nie dazu kommt. Dann ist es auch egal, ob wir Drohnen haben oder nicht. Wenn es allerdings zu einem solchen Konflikt kommt, werden die Verantwortlichen an den Gräbern stehen. Und die werden den Müttern und Vätern der Gefallenen erklären müssen, warum ihre Töchter und Söhne gefallen sind. Das ist das Bild. Das hat sich jeder Verantwortliche – verdammt nochmal – vor Augen zu führen. Ihr werdet an den Gräbern stehen. Und haben wir alles getan, um das zu verhindern?

Haben wir alles getan? Ich gehe es jetzt nochmal durch, auch die Reformen in der Bundeswehr selbst.

Es gibt das Argument, manche Dinge können wir nicht in der Bundeswehr beeinflussen. Aber es gibt Teile, die die Bundeswehr selbst tun kann in ihren Strukturen. Minister Pistorius wird ja wahrgenommen als jemand, der viel verändert hat, er gilt als reformwillig.

Doch die Strukturreformen im BMVG sind letztlich nur eine Modellpflege. Man hat den Zuckerguss des Kuchens verändert, aber jeder Wissende weiß: Es gibt nach wie vor die zehn Abteilungen, das Verteidigungsministerium besteht aus 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Weise-Kommission hat mal gesagt: 1500 wären auch genug. Ergo: Es hat sich ganz, ganz wenig verändert. Die E-Mail-Adressen, die haben sich verändert.

Dann die Strukturen in den Streitkräften. Man hat das groß verkündet, der Osnabrücker Erlass. Und jetzt ist also die Heimatschutztruppe dem Heer unterstellt worden. Das war es auch. Und man hat jetzt ein operatives Führungskommando, da wurden natürlich die B9-Stellen gelassen. Man muss natürlich sehen, dass man alle Pfründe weiter hat.

Man hat auch vor allen Dingen ein Jahr dafür gebraucht. Man sprach von einem Elefanten und gebahr eine Maus. Wozu braucht man ein Jahr dafür? Das ist mir völlig schleierhaft. Um die Streitkräftebasis zu einem Unterstützungskommando zu machen, das ist ein Taschenspielertrick, brauche ich nicht ein Jahr.

Im Bereich Personal: Ja, in der Soldatenarbeitszeitverordnung wird es Änderungen geben, aber das sind alles nur Kleinigkeiten. Und ich sage Ihnen ein Beispiel. Mein Lieblingsbundesamt ist das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr in Köln. Die haben 6.800 Stellen, mit denen sie 260.000 Soldaten und Zivilisten führen.

Das Heerespersonalamt der Wehrmacht hat am 01.08.2043 244.525 Offiziere geführt. Das Heerespersonalamt hat immer nur die Offiziere geführt, weil die Unteroffiziere und Mannschaften in den Einheiten geführt worden sind. Also etwa gleich viel. Raten Sie mal, mit wie vielen Mitarbeitern das Heerespersonalamt am 01.08.2043 diese 244.000 Offiziere führte. Mit genau 277. Jetzt ist die Personalführung im Frieden eine andere als im Krieg, zugegeben, aber trotzdem haben wir da ein Riesenproblem. Für alle meine Studenten, die Reserveoffiziere werden wollen, sind das Nachrichten aus Schilda – völlig absurd. Die Bundeswehr ist ein bestes Beispiel, wie man Leute, die sich für die Bundeswehr engagieren wollen, abschreckt. Wenn man das lernen will, geht man zur Bundeswehr, zum Amt für Personalmanagement. Da kann ich lernen, wie man möglichst eine schlechte Human Resources Policy macht. Auch in der Taskforce Personal hat man überlegt: Social Media, die Einheiten können selber werben. Aber es ist nicht überlegt worden, wie ich die Institution selbst reformiere. Man hat natürlich auch nicht daran gedacht, vielleicht einen erfahrenen HR-Manager zu holen, der auch mal bei der Bundeswehr war. Ist das ein Beispiel für Reformfähigkeit? Nein, überhaupt nicht. Und so werdet ihr die lebendigen Kräfte, die ungewöhnlichen Leute, die wir etwa im Cyberbereich brauchen – es sind in der Regel die Reservisten, die den Krieg gewinnen –, so werdet ihr sie nicht bekommen.

Und es gibt Beispiele in der Geschichte, wo eine Personalreform gelang. Minister Wörner war vor dem Problem gestanden, dass die Alterspyramide im Kalten Krieg unglücklich war durch die Wiederaufstellung der Bundeswehr. Und er hat dann etliche Soldaten, Stabsoffiziere frühpensioniert. Da gab es einen Riesenwiderstand in den 80er Jahren, vom Beamtenbund. Stichwort: Gleichbehandlung. Man hat es dann durchgesetzt, weil es nicht anders ging.

Auch heute müsste man sagen: Natürlich ist die Generalität viel zu alt. Das weiß jeder, Nichts gegen die einzelnen Herrschaften selbst, aber im internationalen Vergleich etwa mit den Briten oder mit den Franzosen ist die deutsche Generalität zu alt. Man könnte sagen, wir machen wieder 62 oder 60 und wir machen eine Frühpensionierung und ziehen frische Kräfte ran. Scharnhorst war 1807 52 Jahre alt und Heusinger war in Himmelroth 53. Und jetzt haben wir eine Generation, die 60+ ist und die in den letzten drei Dienstjahren alles neu denken soll. Ist das generationell wahrscheinlich? Eher nicht. Werde ich die Uni Potsdam nochmal umdrehen in den letzten drei Jahren meiner Amtszeit? Wahrscheinlich nicht. Sondern am Anfang habe ich einen neuen Studiengang eingeführt und so weiter – und nicht am Ende.

Helmut Schmidt hat ein Viertel seiner Generalität in den Vorruhestand geschickt. Und zwar nicht nach politischen Gründen, er hat auch den einzigen SPD-General in den Vorruhestand geschickt. Und er hat dann neue Leute reingezogen. Und Sie glauben

nicht, wie schnell die Bundeswehr sich gedreht hat. Weil die Kräfte genau wussten: Befördert wird, wer was macht. Da hat man einen neuen Geist reinbekommen.

Wird BMW sich neu ausrichten von Diesel und Verbrenner auf E-Autos mit demselben Vorstand, mit demselben Entwicklungschef, mit demselben Personal? Wahrscheinlich nicht.

Und diesen Mut, zu sagen: „Neuanfang, neue Köpfe, neue Geister, jüngere Geister, und man kann auch an einigen festhalten“, den hat Minister Pistorius nicht bewiesen. Er hat es letztlich mit der alten Mannschaft probiert. So, also das ist das Personal.

Kurz zum Mindset. Die Bundeswehr kommt aus einer Friedenszeit. Wir alle kommen aus einer ganz langen Friedenszeit. Die Bundeswehr hat im internationalen Vergleich wenig Kampferfahrung. Afghanistan ist ja das Einzige letztlich, was da steht. Ein bisschen Luftwaffe im Kosovo. Und natürlich kann man das auch am Habitus der Bundeswehr sehen. Eigentlich ist jetzt die Zeit, dass man sagt: „Wir müssen wieder einen demokratischen Krieger haben.“ Diese Bundeswehrsoldaten sind ja nicht zum Fischfangen da, sondern um einen Kampf anzudrohen und zu führen.

Es wäre schon ein erster Schritt, mehr Sport zu treiben. Der Basisfitness Silber war früher mal Voraussetzung für die Beförderung – heute nicht mehr. Aber was hindert einen zu sagen, das wird wieder so. Die Leibeshülle, wenn Sie mal in die Stäbe gehen und im territorialen Führungskommando sind, ist doch recht beachtlich. Und ein bisschen Bewegung, auch für die Gesundheit, würde, glaube ich, nicht schaden. Und Sport ist eine einfache Sache. Dass Soldaten marschieren, scheint historisch gesehen nicht völlig ungewöhnlich zu sein. In der Bundeswehr ist es verlernt worden. Und es ist das Einfachste, eine Kohäsion zu erzielen, wenn man marschiert und singt. Das kostet übrigens auch nichts. Aber in der Bundeswehr wird ja nicht mehr gesungen. Das Liederbuch habe ich schon erwähnt, man traut sich nicht, dieses Liederbuch zu launchen.

Aber auch, um das Mindset zu sehen: Der höchste Orden, das deutsche Viktoriakreuz oder die Medal of Honor, ist das Ehrenkreuz für Tapferkeit. Das ist ungefähr 30 Mal verliehen worden, dreimal postum. Die Namen finden sich nur auf Wikipedia. Nicht auf der Homepage des Verteidigungsministeriums, oh nein, da geht es um Datenschutz. Und wir wollen die lieber nicht zeigen – und schon gar nicht, was die gemacht haben. Die Namen hängen nur an zwei Orten, nämlich an der Heeresoffizierschule in Dresden und auf dem Flur des Inspektors des Heeres, und da kommt natürlich eigentlich niemand hin. Ich habe dem Minister schon hundertmal gesagt: Hängen Sie die Namen doch an Ihrem Ministerium auf, stellen Sie sie auf die Website. Ist das so schwer? Es gibt Vorschläge, Frau Lamprecht wollte es nicht, beim Minister Pistorius wird es geprüft. Es passiert nichts.

Wir haben jetzt im Kommando Herr auf meinen Vorschlag zum ersten Mal den 15. Jahrestag der Verleihung begangen. Und Sie schauen in die Augen dieser Leute, die für Recht und Freiheit und Tapferkeit ihr Leben riskiert haben. Die Leben geschützt haben und die aber auch Leben genommen haben und die im Kampf gestanden haben. Wir tun uns extrem schwer damit. Mit unseren eigenen „Helden“.

Jetzt gehen wir nicht auf die Traditionsdebatte ein. Aber was soll ich von einer Armee halten, die von Zeitenwende spricht, die sagt: Wir kämpfen, wir schützen die Litauer. Die aber noch nicht einmal bereit ist, ihre höchst ausgezeichneten Soldaten zu ehren. Das kann ich ja gar nicht ernst nehmen. Und dann kommen die Briten, dann kommen die Holländer. Michel van Loon vom Führungskreis des Heeres, hat gesagt: „Bei uns in den Niederlanden stehen Menschen mit den höchsten Auszeichnungen, also der Träger des Militär-Williams-Ordens, in der Hofrangfolge vor dem Generalinspekteur.“ Anschließend war es so ein bisschen wie bei „Life of Brian“: Alle haben gemurmelt, gemurmelt, gemurmelt – hat jemand Jehova gesagt? Nein, nein. Es war natürlich den Generalen peinlich, weil das bei uns nicht so ist.

Aber man kann es ändern. Traditionen, Kulturen kann man machen. Auch mein Vorschlag, die doch im Verteidigungsausschuss aufzuhängen. Frau Strack-Zimmermann hat das aufgenommen, das ist dann abgelehnt worden von einer Fraktion. Man will niemanden herausheben. Aber da kann ich den Orden auch abschaffen. Das Cultural Capital eines Ordens muss ich machen. Und wenn ich die Leute nicht ehre, bringt es eigentlich nichts.

Aber wir haben eben nach wie vor das Problem: Die haben gekämpft. Aber wozu dann die Bundeswehr? Dann können wir sie auch abschaffen und geben das Geld der Uni Potsdam und wir forschen dann drüber. Wir müssen uns ehrlich machen und sagen, wozu dieses ganze Geld investieren?

Ehrlichkeit: Wir sind schon ein Stück gegangen mit Minister Pistorius, aber es hapert dann wirklich an diesen Schritten. Und das ist einfach unehrlich – den Soldaten gegenüber und auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

So, und dann, letzter Punkt: die Geschwindigkeit. Helmut Schmidt hat nach seinem Amtsantritt 1969 fünf Monate gebraucht, um den Blankeneser Erlass vorzulegen. Gerhard von Scharnhorst hat die preußische Armee in drei Jahren vom Kopf auf die Füße gestellt. Seine Kernpunkte aber hat er in 18 Monaten verwirklicht, bis Ende 1808: das Krümpersystem, den Untersuchungsausschuss für die Niederlage von Jena und Auerstedt, die Fähnrichsbeförderung, die Abschaffung der Prügelstrafe, die Beförderung der Stabsoffiziere und die Einrichtung des Kriegsministeriums. Zwei

Jahre später kam die Einrichtung der Kriegsakademie 1810 und dann 1813 die Wehrpflicht, was nicht eher ging wegen der französischen Besetzung.

Wenn man also davon ausgeht, dass ja die Spitzengeneralität alle schon die Reformpläne im Kopf hatten, als dann Minister Pistorius kam, wir also gar kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem haben durch Frau Lamprecht: Warum sind wir da nicht weiter?

Wenn wir Scharnhorst als Vorbild nehmen – und die Bundeswehr ist bewusst am Geburtstag von Scharnhorst gegründet worden, am 12. November 1955: 18 Monate. Dann sind wir genau jetzt, im Oktober dieses Jahres, anderthalb Jahre nach Amtsantritt von Pistorius, an dem Punkt, wo wir sagen: Jetzt müsste eigentlich die Bundeswehrreform umgesetzt sein.

Und das ist genau die Frage. Eigentlich muss Carsten Breuer der neue Scharnhorst werden. Die Frage wird sein: Werden wir in 30, 40 Jahren eine Carsten-Breuer-Kaserne haben? Das muss die Fallhöhe sein. Nicht die eines Bürokraten, sondern die Frage der Reformer. Scharnhorst, wenn ich meine eigene Institution an diesem Datum gründen lasse.

Also die Frage, die ich mir als Historiker stellen werde im Jahre 2074 – das werde ich nicht mehr erleben, Chris auch nicht. Aber unsere Schüler werden das vielleicht erleben, die werden sich fragen: Trafen sich denn im Jahre 2022, 2023, 2024 die Staatssekretäre, der Generalinspekteur, die Inspektoren, die Abteilungsleiter, die führenden 20 Leute, nur diese, ohne ihre Adjutanten im Schloss Himmerod, um über die Neugründung der Bundeswehr nachzudenken? Gab es diese Treffen des Führungskreises in diesem Geist von Himmerod: „Wir müssen neu denken, wir müssen auf Reset gehen, um das nach vorne zu bringen, jetzt ist die Situation.“

Gab es das? Wir werden danach suchen. Wir werden nach diesen Quellen suchen. Wir werden diese Fragen stellen. Und wir werden fragen: „Was waren die fünf Punkte oder sechs oder vier, die die Generalität aufgeschrieben hat? Das muss sich ändern. Was waren die Forderungen an die Politik? Und wie wurden diese Forderungen an die Politik herangetragen? Wie kraftvoll wurden sie herangetragen?“ Bei Scharnhorst wissen wir es.

Tja, ich versuche jetzt nicht 50 Jahre zu warten, sondern ich versuche, die Spitzenkräfte zu fragen. Ein Treffen in Schloss Himmerod gab es nicht. Ich habe mit Minister Pistorius länger unter vier Augen gesprochen als die allermeisten Drei-Sterne-Generäle – was absurd ist. Ich freue mich zwar darüber, aber: Wer bin ich? Die Entscheidungen werden im ganz kleinen Kreis getroffen. Und es gibt kein Treffen in Himmerod. Es gibt kein gemeinsames Nachdenken darüber. Und oft schaue ich in

leere Augen, wenn ich die Frage stelle: „Was sind Ihre fünf Punkte? Was muss sich ändern?“ Und dann kommen ganz kleine Fragen: Reservistenfragen, Infrastruktur, ... Nein, ich meine große Punkte.

Also wie ist eigentlich die Flughöhe? Diese Fragen kann eben nur die Generalität beantworten, die hohe Generalität, die leitende Generalität. Nochmal: nicht Carlo Masala, nicht Claudio Major, nicht ich, auch nicht Frau Strack-Zimmermann. Und dann ist es, ich zitiere Alexander Stahlberg, die „verdammte Pflicht“: Wie kriegen wir Druck auf die Politik, die nach eigenen Logiken handelt, die wir auch verstehen können. Aber wenn wir als Fachexpertise Druck auf die Politik ausüben, wie tun wir das eigentlich? Ich würde sagen: Es geht dann eben nur in letzter Konsequenz mit einem Hauch von Illoyalität, wenn ich öffentlich werde in den ganz großen Fragen. Und auch schon bei Frau Lamprecht hätte natürlich der Generalinspekteur Frau Lamprecht zwingen können.... Was hätte Frau Lamprecht tun sollen, wenn damals der GI gesagt hätte, ich trete zurück? Das wäre unmöglich gewesen.

Vom Osnabrücker Erlass ist auch keine Welle der Reformwilligkeit ausgegangen. Und eigentlich sind wir von der Zeitenwende zur Zeitenbremse marschiert, trotz des Ukraine-Kriegs. Nochmal: Das heißt nicht, dass wir alles schlecht reden sollen. Die Bundeswehr hat ausgezeichnete Frauen und Männer, sie hat brillante Köpfe. Sie ist in Teilen leistungsfähig, wenn man sie denn lässt. Aber ich glaube, wir können zustimmen, dass es bis zur Aussage der Kriegstüchtigkeit, dass man das Territorium erfolgreich verteidigen kann, noch sehr viel zu tun gibt. Auch, wenn man natürlich unterschiedlicher Meinung sein kann, wo wir genau stehen.

Aber was soll eigentlich noch passieren? Britische Generale fragen immer: „What does it take, that Germany moves forward.“ Das kann man an die Briten zurückgeben, weil die auch nicht so sehr viel besser dastehen als wir. Zumindest nicht das Heer.

Aber die Frage ist: Wie können wir als System Reformen wirklich auch umsetzen? Und ich komme auf den Anfang zurück und auf das, was Christopher Clark gesagt hat: Die Zukunft und die Herausforderungen Europas. Die Forderung, dass Europa mehr Verantwortung übernehmen müsste, sind seit 2014 vielfach gestellt worden. Passiert ist wenig.

Da erinnere ich nochmal an das Heilige Römische Reich Deutscher Nationen. Da wurde endlos diskutiert. Der Rechtsbestand der kleinen Mitglieder wurde gewährleistet, wie in der EU. Die Grafschaft Katzenellenbogen konnte existieren neben Preußen oder Österreich. Das war für die Grafschaft Katzenellenbogen eine ziemlich tolle Sache. Es hat aber den ganzen Prozess im Reich gelähmt. Und das Heilige Römische Reich war nicht in der Lage, sich dieser Zeit, dieser Herausforderung der Französischen Revolution anzupassen.

Das ist unsere zentrale Herausforderung, vor der wir stehen. Und meine Interpretation, die muss man nicht teilen, ist, dass wir vor der Herausforderung von drei Revisionsmächten stehen – China, Iran und Russland –, die nie bereit waren, der Hoffnung der liberalen Demokratie, End of History, zu folgen. Und wir haben die Illusion gehabt, sie würden folgen.

Schon ab 1993, 1994 war klar, Russland würde dem nicht mehr folgen. Jetzt wollen wir hoffen, dass das nicht mit einem großen Krieg ausgeht. Das wünscht keiner.

Wir müssen als Europäer zumindest aus dem 7. Oktober die Konsequenz ziehen: „We have to be capable“. Herfried Münkler hat es mal schön gesagt: Die Europäer, wenn sie als eine gestaltende Kraft wahrgenommen werden wollen, müssen in der Lage sein, an ihrer Peripherie für Sicherheit zu sorgen. Das können wir im Nahen Osten nicht. Deswegen spielen wir dort auch keine Rolle, auch nicht in der Friedensfindung. Das können wir so bedingt in der Ukraine und ohne die Amerikaner eigentlich auch nicht. Damit sind wir aber auch wiederum abhängig.

Und deswegen ist nochmal mein Appell an die Politik und an die Entscheider: Ihr betreibt ein Vabanquespiel, Ihr gambelt. Euer Einsatz am Roulette-Tisch ist: Es wird nicht zu einem Krieg kommen. Dann komme ich durch, dann muss ich nicht groß investieren, da muss ich nicht an die politische Schmerzgrenze gehen, ich vermeide das. Das kann gut gehen, keiner von uns kann die Zukunft voraussagen. Wenn es schief geht, steht Ihr an den Gräbern. Macht Euch das klar: Ihr werdet an den Gräbern stehen.

Darauf können wir immer nur wieder hinweisen – die Entscheidungen werden woanders getroffen. Aber der Diskurs spielt natürlich eine Rolle. Und wir müssen dahin kommen, zum Wohle unseres Europas nicht nur die Erkenntnisse zu haben, sondern auch Entscheidungen zu treffen, auch unpopuläre Entscheidungen. Da gibt es genug Beispiele, wie man bei Helmut Schmidt oder Helmut Kohl sehen kann. Sie haben auch den NATO-Doppelbeschluss umgesetzt gegen massiven innenpolitischen Widerstand, weil sie Überzeugungen hatten, weil sie glaubten, richtig zu liegen. Und ich glaube, die Geschichtswissenschaft gibt ihnen Recht, dass sie richtig gehandelt haben.

Solche Kraft von politischen, demokratischen Führern brauchen wir. Leaders lead and followers follow the lead. Es muss von oben gemacht werden. Wir müssen sagen: Bürokratie überwinden, Entscheidungen treffen – und dann werden wir auch in Europa eine gute Zukunft haben.

Ich danke Ihnen.